

Elmar Altvater Universalismus, Unipolarität, Polarisierung. Widersprüchliche Strukturprinzipien einer »neuen Weltordnung«

Zusammenfassung: Hinter der Rede von der »neuen Weltordnung« verbirgt sich einerseits ein »unipolares« Projekt mit den USA als militärischer Macht im Zentrum, andererseits aber auch der universalistische Anspruch einer »Zivilisierung des Kapitalismus«. Es wird gezeigt, daß weder das eine noch das andere konsistente Entwürfe sind und die Weltgesellschaft des späten 20. Jahrhunderts eher durch Polarisierung zwischen »Norden« (gleich Westen plus Teilen des Ostens) und »Süden« charakterisiert ist. Diese Polarisierung hat sich im Verlauf der Modernisierungs- und Industrialisierungsanstrengungen während der »alten«, bipolaren Weltordnung verschärft; offensichtlich ist schon aus ökologischen Gründen die Globalisierung des westlichen Produktions- und Konsumtionsmodells nicht möglich. Wenn sich aber nicht in aller Welt »Zivilgesellschaften« herausbilden können, ist die Entstehung von »Waffenstaaten« in der Zukunft nicht unwahrscheinlich. Wie mit diesen umgegangen werden kann, demonstriert der Golfkrieg. Die »neue Weltordnung« ist also eine militärische Ordnung, bevor sie sich als eine »zivile Ordnung« entfaltet. Die Lösung könnte nur ein alternatives Modell der globalen »Um-Vermeidung« (Umverteilung allein reicht nicht) sein. Dessen Kernpunkt wäre ein entscheidend reduzierter Energie- und Rohstoffverbrauch, um Schadstoffemissionen zu verringern und somit Entwicklungsspielräume für den »Süden« zu öffnen.

Die Mutter der Schlachten ist geschlagen. Sie hatte kaum begonnen, da deklarierte am 31.1.1991 der kriegführende Präsident der USA in einer frohen Botschaft an die Nation die »neue Weltordnung« von Demokratie, Markt und »Zivilität«, unter Führung der USA und mit propagandistisch-universalistischer Tendenz ihres »American way of life« (siehe den Redenabdruck in der Frankfurter Rundschau vom 5.2.1991). Der Krieg wieder einmal der Vater aller Dinge? Das Ende des Kalten Krieges, formell beim Besuch des Präsidenten Bush in Moskau Ende Juli 1991 besiegelt, öffnete den Raum für den neuen Krieg, dessen erster militärischer Akt nur knappe vier Wochen dauerte und ein zerstörtes Land, eine zerschlagene Gesellschaft, eine in ein Desaster gestürzte Natur am Persischen Golf hinterließ - und damit auch das Feld, auf dem sich die Wiederaufbaufirmen derjenigen Länder profitlich engagieren können, die an der Zerstörung den größten Anteil hatten.¹

1 »Der Wiederaufbau von Kuwait und Irak wird einen bedeutsamen Anstieg der Nachfrage nach

Nach der bipolaren Ordnung des »Kalten Kriegs«

Der Golfkrieg ist nicht der traumatische Einschnitt in den Gang der jüngsten Geschichte, in die Struktur der internationalen Beziehungen, da er, so wie er geführt wurde, nur möglich war, weil zuvor das sozialistische Lager und die sowjetische Supermacht in Stücke gebrochen und beinahe sang- und klanglos auseinandergefallen sind (jedenfalls ohne daß auch nur ein Schuß von westlicher Seite abgegeben worden wäre). Der globale Ost-West-Konflikt der vergangenen Jahrzehnte endete zwischen Juli und Dezember im Jahre 1989 (also gut ein Jahr vor der Kuwait-Invasion durch Saddams Truppen), als in Polen, Ungarn, der DDR, der Tschechoslowakei, in Bulgarien und Rumänien die »real-sozialistischen« Regime fielen, die Sowjettruppen ihren Rückzug aus den osteuropäischen Staaten begannen und marktwirtschaftliche und westlich-demokratische, »zivile« Ordnungen von bürgerlichen Regierungen² ausgerufen wurden. So plötzlich wie selten in der Geschichte haben sich infolge des Zusammenbruchs des Sowjetblocks nahezu alle Koordinaten des globalen Systems verschoben: Mit dem Verschwinden eines der beiden machtpolitischen Pole in der bis dato bipolaren Weltordnung und mit der auf einmal völlig unzeitgemäß erscheinenden sozialistischen Perspektive³ kann sich die kapitalistische Dynamik weltweit entfalten, und zwar ohne Rücksicht auf die politische und militärische Gegenmacht und bei (wohlwollender) Vernachlässigung ideologischer Alternativen.

Das Magma der osteuropäischen Vulkanausbrüche bedeckt die alte bipolare Nachkriegsordnung, dieses Geschöpf von Yalta, Bretton Woods und Bandung.

Bauleistungen und Baumaterialien hervorrufen. Dadurch werden kurzfristig sehr wahrscheinlich Produktion und Beschäftigung in anderen Ländern, besonders in der industrialisierten Welt stimuliert...« (IMF 1991: 25). Der Erleichterung, daß der Krieg das durch die Niederlage im Vietnam-Krieg angeschlagene US-amerikanische Selbstbewußtsein wiederhergestellt habe, sei diese Fußnote und folgendes Zitat aus dem fernen Japan gewidmet: »In any event, the leadership style in the gulf was that of a wimp following a forceful leader. Overcompensating for his weakness and taking dangerous chances, Bush surprised the world with a smashing victory. But we need not be Sigmund Freud to see that twisted psychological forces were at work and that thus far in the 1990s they have affected not just Bush but many Americans« (Nakanishi 1991: 13).

- 2 Da es in den ehemals real-sozialistischen Gesellschaften kein entwickeltes Bürgertum geben konnte, sind die Regierungen auch eher euphemistisch als »bürgerlich« zu bezeichnen. Sie haben bürgerliche Ambitionen und Orientierungen, die Gesellschaften schleppen aber den Ballast von prä-sozialistischen Relikten mit, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht aufgearbeitet werden konnten und die nun eine Symbiose mit real-sozialistischen Elementen eingehen können. Für die Herausbildung einer zivilen Gesellschaft ergeben sich daraus blockierende Wirkungen.
- 3 Noch 1985 beschrieb Immanuel Wallerstein die gegenwärtige Epoche als die des »Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus...Wir mögen zwar in einer sozialistischen Welt noch nicht leben, doch leben wir inmitten des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus...« (Wallerstein 1985: 169, 171). Das Zitat bietet keinen Anlaß zur Häme, denn erstens haben auch viele andere die Zeichen der Zeit falsch erkannt oder überpointiert interpretiert (Vgl. beispielsweise die Beiträge zur Cavtat Conference 1985, Nikolic (ed) 1985), und zweitens ist trotz des Geredes vom »Ende der Geschichte« die These nicht von der Hand zu weisen, daß die Menschheit nur eine Überlebenschance hat, wenn sie Regulationsweisen entwickelt, die über den derzeitigen Kapitalismus hinausweisen.

Oberflächlich betrachtet erscheint die neue Ordnung zunächst als wenig mehr denn eine neue und unerwartete Komplizenschaft zwischen den alten und eingefahrenen Gegnern im »Weltbürgerkrieg« (Krauthammer 1991) der Epoche nach 1945; das politische tête-en-tête der Repräsentanten der beiden ehemaligen Supermächte als »neue Ordnung« oder auch nur als deren Beginn zu interpretieren, würde ihm zu große Bedeutung beimessen. Bei näherem Hinsehen freilich treten einige Züge aus der verschwommenen Weltszenerie nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und dem Ende einer wie auch immer unvollkommenen und unvollständigen Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise hervor, die Schlüsse auf die fertige Gestalt der im Entstehen befindlichen neuen Ordnung erlauben. Schon der Begriff könnte in bewußter Anknüpfung an ältere Traditionen gewählt sein: Ordnung muß sein, und es muß jemand das Heft in die Hand nehmen und die Initiative ergreifen; denn von allein stellt sich Ordnung vielleicht in erdgeschichtlichen, nicht aber in menscheitsgeschichtlichen Zeitdimensionen her. Wenn die neue Ordnung aus dem Sieg im kalten Krieg hervorgehen soll, dann auch mit den siegreichen Gestalten, mit dem Markt als regulierendem Prinzip des (global)-ökonomischen Raumes und der formellen politischen Demokratie in den das globale System auch in Zukunft konstituierenden Nationalstaaten. Die neue Ordnung wäre dann in erster Linie die Wiederaufnahme der - im 70 Jahre währenden »kommunistischen Interludium« herausgeforderten - europäischen Traditionen von französischer Revolution, von Aufklärung und »Zivilität«, also ein Rekurs auf Ideen und Strukturen, die nachgerade »prähistorisch« verwurzelt sind - der 1917 abgerissene Faden wird 1989/91 wieder aufgenommen und zu einer neuen Ordnung verwebt.

So kommt es denn auch, daß sich verschiedene Bächlein und Flüßlein zu dem Strom einer neuen Ordnung bündeln könnten: Die reißenden Schmelzwasserströme, in denen das Geröll der alten Gesellschaft im Osten Europas verschwindet und die den Schutt und Schrott vor-sozialistischer Residuen zu Tage fördern (Nationalismus, Rassismus, Autoritarismus), die Mahlströme der Dollars aus dem internationalen Finanzsystem, in denen gesellschaftliche Alternativen in Lateinamerika, Afrika und Asien zu Staub zerrieben worden sind, in dem nun die »neuen Demokratien« zu Kreuze kriechen (also das Gütesiegel von IWF und Pariser Club einholen), aber auch die manchmal spritzigen, manchmal trüben Rinnsale der Intellektuellendebatten in den USA und Westeuropa um die »zivile Gesellschaft«, die Abwässer neoliberaler Marktvergötzung, und nicht zuletzt die Tümpel des Neokonservatismus der 80er Jahre, die auch heute noch nicht - in der Nach-Thatcher- und Nach-Reagan-Ära - ausgetrocknet sind. Eine neue Ordnung der Welt steht also auf der Tagesordnung, ob Bush sie als Frohbotschaft verkündet oder nicht; es lohnt sich, den in den Politikerreden kamouflierten Tendenzen nachzugehen.

Unipolare Weltverhältnisse?

Charles Krauthammer (1991: 23-33) hat in einem mit »The unipolar moment« überschriebenen Artikel nicht nur eine Begründung des Krieges gegen den Irak geliefert, sondern diese auch mit der neuen Rolle der USA nach dem Verschwinden der Sowjetunion als Supermacht von der Weltbühne in Verbindung gebracht: Infolge des Abdankens der Sowjetunion von der internationalen Bühne seien die bipolare Weltordnung der letzten fast 50 Jahre verfallen und eine unipolare Struktur entstanden - eine Feststellung, die dem Resultat der Analyse William Pfaffs (1991) widerspricht, in der dem Begriff »Supermacht« nur Sinngehalt zukommt, sofern diese sich in Rivalität zu einer anderen »Supermacht« befindet. Die USA müßten die historische Herausforderung annehmen, einzige und eindeutige Supermacht zu sein. Das Gerede vom neuen »Trilateralismus« mit den drei Zentren in Nordamerika (vielleicht einschließlich Mexikos), in EG-Europa und Ostasien (mit dem Gravitationszentrum Japan) sei vielleicht in einigen Jahrzehnten realistisch. Auf absehbare Zeit jedoch verfügten nur die USA infolge der Kombination von militärischer, ökonomischer und politischer Macht über imperiale, d.h. zugleich globale Reichweite. Die Konstruktion von Allianzen oder das Einholen eines Mandats der UNO wie im Golfkrieg ändere an der Unipolarität der neuen Weltordnung und an der unangefochtenen Führung der USA nichts. Lediglich zwei Gründe seien für den Einbezug der UNO und anderer alliierter Staaten maßgeblich: *Erstens* könnten so die Kosten der Militäraktion auf mehrere Schultern verteilt werden. *Zweitens* könne die Legitimität einer unilateralen US-Aktion durch das UNO-Votum nach innen gegenüber der »isolationistischen« Fraktion und nach außen gegenüber der kritischen Weltöffentlichkeit erhöht werden.

In diesem Design einer unipolaren Weltordnung können die Bündnispartner und das UN-System lediglich eine Hilfsfunktion für die US-Politik ausüben; daß dies der Idee der gleichberechtigten Völkergemeinschaft im Rahmen der UNO ein Ende bereitet und den Demokratisierungsforderungen der UNO eine Absage erteilt, ist Krauthammer durchaus klar. Die Lobreden auf die neue Rolle der UNO, nachdem im Weltsicherheitsrat unter diplomatischem Druck der USA grünes Licht für militärische Aktionen gegen ein UNO-Mitgliedsland gegeben worden ist, können angesichts der Eindeutigkeit der Unipolaritätsthese nur mitleidiges Lächeln oder bitteren Spott provozieren. Denn gerade die UNO als Völkergemeinschaft ist aus den dramatischen Entscheidungsprozessen ausgeschaltet - kein Wunder, wenn Perez de Cuellar resigniert. An Stelle der UNO handelt derzeit ein durch die US-Diplomatie dominierter Sicherheitsrat. Es ist freilich unwahrscheinlich, daß dies angesichts der widerstreitenden Interessen der Ratsmitglieder über eine längere Frist so reibungslos wie während der Golfkrise fortgesetzt werden kann.

Diese Bedenken hat auch Pfaff (1991: 43ff); weder die engeren Bündnispartner noch die UNO und ihre Organe könnten in jedem zukünftigen Fall ähnlich wie bei der Vorbereitung und Unterstützung des Kriegs gegen den Irak die Entschei-

dungen der USA schlicht akzeptieren, zumal die USA als eine »zutiefst nationalisierte Gesellschaft mit tiefverwurzelten unilateralistischen Verhaltensweisen« (Pfaff 1991: 44) keinerlei Beeinflussung ihrer Politik etwa seitens der UNO akzeptieren würden. In diesem Bedenken wird ja ausgedrückt, daß auch die größte Supermacht den anderen Staaten der Welt nicht in jedem Fall ihren Willen aufdrängen kann und daher auf gemeinsame, interkulturell teilbare Visionen über die soziale, ökonomische, politische, kulturelle und ökologische Entwicklung und die dafür geeigneten, Konsens erzeugenden Prozesse und Institutionen angewiesen ist. Ohne Hegemonie also wird eine unilaterale Supermacht schnell an Grenzen ihres politischen und ökonomischen Einflusses und damit auch ihrer militärischen Macht geraten.⁴ Von Supermacht zu reden schließt immer Aussagen über die Struktur ein, in die sie eingebettet ist. Losgelöst davon macht der Begriff Supermacht keinen Sinn.

Der Golfkrieg kann durchaus, wie beispielsweise Verteidigungsminister Cheney (Vgl. das Interview in »Welt am Sonntag«, 26.5.91) oder der NATO-Oberbefehlshaber Galvin (Frankfurter Rundschau vom 23. 4. 1991) mitteilten, als ein Modell zukünftiger Konflikte betrachtet werden, auf die sich die Militärstrategen in der NATO nach dem Verlust des alten Feindbildes vorbereiten. In der großen historischen Perspektive, so Krauthammer, bedeutet die Tendenz zur Unipolarität, daß »nach dem Ende der drei großen Bürgerkriege dieses Jahrhunderts... (Erster und Zweiter Weltkrieg und der Kalte Krieg - E.A.) ein ideologisch befriedeter Norden nach Sicherheit und Ordnung trachtet, indem er sich hinter der Außenpolitik der USA vereinigt. Genau dies findet derzeit am persischen Golf seine Form. Und in der absehbaren Zukunft wird dies die Ordnung der Dinge bleiben« (25).⁵ Die neue weltpolitische Rolle der USA ist in dieser Ordnung klar definiert: Amerika müsse die internationale Stabilität mit seinen Waffen schaffen, eine Stabilität, die die »oil-based economy« (Krauthammer 1991: 28) der USA und der Alliierten verlangt. Diese Zieldefinition unterscheidet sich von derjenigen der vergangenen Jahrzehnte beträchtlich; an die Stelle der Abwehr der »kommunistischen Gefahr« ist die Kontrolle von Konflikten niedriger Intensität (beispielsweise zur Sicherung der Rohstoffversorgung) getreten (Hubel 1991: 147). Diese Verschiebung des Feindbildes impliziert eine Veränderung der geographischen Koordinaten des »Theaters«: Die Grenze verläuft nicht mehr zwischen zwei überschaubaren Blöcken entlang eines »eisernen Vorhangs« sondern quer durch alle Kontinente.

An der Aussage Krauthammers ist dreierlei bemerkenswert. *Erstens* wird die hegemoniale Funktion der USA (sofern von Hegemonie gesprochen werden kann) auf die militärische Sicherung der Energieversorgung der Industrieländer redu-

4 Es ist hier nicht möglich, auf die breite Debatte um Hegemonie, Dominanz und Macht im internationalen System einzugehen. Vgl. dazu Hübner 1991 und den Aufsatz von Menzel in diesem Heft, sowie die dort angegebene Literatur.

5 Für uns ist es nicht belanglos, daß die von Krauthammer gewählte Formel vom »Weltbürgerkrieg« dieses Jahrhunderts bereits von den Konservativen innerhalb des »Historikerstreits« benutzt worden ist, um die historische Revision der Nazi-Verbrechen zu versuchen.

ziert. Keine Rede - wie in den bisherigen Analysen des internationalen Systems - davon, daß zur Ausübung von Hegemonie zumindest auch die Versorgung der kapitalistischen Weltwirtschaft mit dem Weltgeld, eine funktionionsfähige weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und - bei aller Verschiedenheit - ein kulturell unterlegter Konsens zwischen den Nationen gehören.

Zweitens könnten die USA bei der Wahrnehmung einer so definierten Supermacht-Rolle paradoxerweise zu einer Art militärischen »Hilfsbüttel« anderer Länder absinken: die USA liefern die »öffentlichen Güter« militärische Sicherheit und politische Stabilität für die industrialisierte Welt, damit die technologisch avancierten Länder Westeuropas oder Japan in Ruhe ihrem Kommerz nachgehen können - und dabei eine ökonomische Überlegenheit über die USA gewinnen. Ein Teil des Gewinns daraus müßten die Bündnispartner allerdings als Beiträge für die Erhaltung des militärischen Apparats der USA und für militärische Aktionen à la Golfkrieg abzwängen. Ökonomisch ist dieser Transferprozeß nur durchführbar, wenn die kommerziellen Länder (oder Regionen) einen Leistungsbilanzüberschuß erwirtschaften. Ihre überlegene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wäre also in einem solchen unipolaren System unbedingt funktional und müßte daher - z.B. durch den »Weltwirtschaftsgipfel« - in Zukunft verteidigt werden. Jedoch würde dies umgekehrt eine Verewigung des Leistungsbilanzdefizits und die Abhängigkeit der USA von Kapitalimporten und folglich eine permanente Steigerung der Außenschulden des Landes (die sich heute bereits auf ca 700 Mrd US\$ belaufen) implizieren. Über kurz oder lang würden die USA zumindest ökonomisch in die zweite Reihe der großen Nationen dieser Welt verdammt. Denn eine erstrangige Nation muß über die am höchsten entwickelten »produktiven Kräfte«, also über eine potente und wettbewerbsfähige industrielle Basis verfügen, wie schon Friedrich List wußte und wie ihn Paul Kennedy (1987: 539) daher zitiert, um auf die in dieser Struktur angelegten Gefahren für die Großmachtposition der USA aufmerksam zu machen.⁶ Doch ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Marktkräfte einer kapitalistischen Weltwirtschaft einen solchen, politisch moderierten globalen Umverteilungsprozeß honorieren würden. Also steckt in der Annahme vom Hilfsbüttel USA ein gerüttelt Maß ökonomischen Unverständs.⁷

Daß obendrein eine so organisierte Aufgabenteilung den Kern des demokrati-

6 Dies betont Kennedy auch in einem Kommentar zum Golfkrieg (»A Declining Empire Goes to War«, in: Wall Street Journal, 25-26. Januar 1991): Er versucht die Leser an den möglichen »imperial overstretch« zu erinnern: »Das Dilemma, mit dem die U.S.A in dem nächsten Jahrzehnt konfrontiert sind, ist schon unangenehm genug, nämlich ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Zielen und Mitteln zu halten - um so nämlich die 'imperiale Überdehnung' zu vermeiden. Aber das letzte, was die U.S.-Bürger benötigen, ist die Ermunterung zur Suche nach Selbstachtung auf dem Schlachtfeld. Wenn die U.S.A ihre 'Reputation' wiedergewinnen wollen, müßten sie damit anfangen, die Stadtkerne, das öffentliche Bildungssystem, die zusammenbrechende Infrastruktur zu erneuern und die vielfältigen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen...«

7 Ein Beispiel für japanischen Realismus: »The idea of an American cop in a unipolar world, we should conclude, simply will not fly« (Nakanishi 1991: 14)

schen Prinzips der westlichen Gesellschaften und damit gerade deren »Zivilität« aushöhlt, sei hinzugefügt: Es war und ist die wichtigste Prerogative des Parlaments der Volksvertreter gegenüber der Regierung, über Krieg und Frieden zu entscheiden und daher auch über die finanziellen Mittel zur Kriegsführung. Wenn aber die Mittel von anderen Ländern stammen (aus Japan und Westeuropa), dann könnte eine kriegswillige Regierung (in den USA) sehr wohl die Zustimmung der Häuser des Parlaments unterlaufen oder diese gar erkaufen, noch dazu wenn - wie im Falle des Golfkriegs geschehen - aus der Kriegsfinanzierung ein Überschußgeschäft gemacht werden kann. Umgekehrt unterminiert die Teilfinanzierung kriegerischer Akte das demokratische Prinzip auch in den geldgebenden Ländern (in Japan und in der BRD), da infolge des Dazwischentretens des Geldes die Tat (Geldvergabe zur Kriegsführung) und die Verantwortung für die Folgen der Zerstörungen auseinandergerissen werden. Ein Parlament kann so die Verantwortung von sich schieben und »die Hände in Unschuld waschen«; das demokratische Prinzip greift nicht mehr, wenn die Einheit der Verantwortlichkeit für Entscheidungen und Entscheidungsfolgen geteilt wird und so dem Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit Platz macht.

Drittens wird mit dieser Argumentation klar, daß es in dem Golfkrieg nicht um das Völkerrecht souveräner Staaten ging - wie es in den offiziellen Begründungen und in den intellektuellen Rechtfertigungen des Gemetzels immer geheißt hat. Denn dieses ist durch die Kriegsführung gegen den Irak seitens der USA und ihrer Alliierten ebenso eindeutig gebrochen worden wie vom Irak, als er am 2. August 1990 Kuwait besetzte und annektierte. Die UNO-Charta, die von den Mitgliedsstaaten grundsätzlich Verhandlungslösungen und die Vermeidung von Kampfhandlungen verlangt, ist von den Alliierten mißachtet worden (Falk 1991; etwas anders Russett/Sutterlin 1991). Vor der Errichtung einer »neuen Weltordnung« sind daher zunächst einmal die Vereinten Nationen in eine tiefe Krise geraten. Diese wird nur dadurch übertüncht, daß im UN-Sicherheitsrat die Großmächte nach dem Ende ihrer prinzipiellen Gegnerschaft des Kalten Kriegs kooperieren (Vgl. Russett/Sutterlin 1991: 69-83). Ein dauerhafter Erfolg dieser Kooperation würde aber voraussetzen, daß die übrigen Mitgliedsnationen Gratifikationen der neuen Kooperation erfahren, daß also ökonomisch und politisch ein »Positivsummenspiel« eröffnet würde, an dessen Ausgang alle Beteiligten, die passiven ebenso wie die aktiven, mehr oder weniger, immer aber positiv profitieren. Jedoch ist nicht zu erwarten, daß die »neue Weltordnung« darauf hinausläuft, und daher bleibt zunächst der Eindruck von der unbedingten Bereitschaft, auch unter Einsatz effizientester, d.h. destruktivster militärischer Mittel die »Stabilität« eines energieabhängigen Industriemodells zu gewährleisten. Diese Botschaft scheint bereits wenige Wochen nach dem Ende des Golfkriegs angekommen zu sein. Die Militärs in allen Ländern haben sehr wohl die Lehre verstanden, daß ein Krieg heute weder atomar noch chemisch und bakteriologisch erfolgreich führbar ist, wohl aber konventionell, gestützt auf den Einsatz der allmodernsten Technologien, die natürlich nur in den hochentwickelten In-

dustrielländern, in den globalen Waffenschmieden von Pilsen bis San Diego, von Nowosibirsk bis Hanau, von Toulouse bis Birmingham zu erwerben sind.

Die Polarisierung in der Welt

An diesem Sachverhalt ist neben dem Verschwinden der real-sozialistischen Länder zweierlei neu und bemerkenswert. Die eine Änderung ist die von Krauthammer so bezeichnete Heraufkunft von »Waffenstaaten« (weapon states). Damit sind Staaten auf der südlichen Halbkugel gemeint, die über kurz oder lang über chemische, bakteriologische und nukleare Waffen und über die entsprechenden Trägersysteme verfügen können. Relativ kleine Länder der »Peripherie« wären dann in der Lage, nicht nur die regionale sondern die globale politische Stabilität und die Sicherheit der Energie- und Rohstoffversorgung zu bedrohen. Für die Großmächte der nördlichen Erdhälfte könnten sie also gefährlich werden. So weit, daß der nukleare Holocaust angedroht werden könnte, ist kein Land außerhalb des Kreises der führenden Atomkräfte; aber über ein beträchtliches Drohpotential könnten in Zukunft eine ganze Reihe Länder verfügen.

Die Antwort auf diese Herausforderung, so Krauthammer, sei eine Strategie, die man mit »Drei D« zusammenfassen könnte: »denying, disarming and defending«. Den »Waffenstaaten« müssen moderne Technologie, etwa nach dem Muster der Cocom-Listen, vorenthalten werden (denying), und wenn dies nicht gelinge, müßten sie wie der Irak »zwangsabgerüstet« (disarming) werden. Auf jeden Fall aber müßten sich die Industrieländer gegen die Bedrohung verteidigen (defending); und so begründete Präsident Bush in seiner Rede an die Nation im Januar 1991 die Fortsetzung von SDI, freilich mit neuer Zielbestimmung. Die »Friedensdividende« des Jahres 1989 ist keine zwei Jahre später bereits für die Fortführung und Modernisierung der Rüstung voll verplant. Während des Treffens zwischen Bush und Gorbatschow im Juli in Moskau hat Bush die Trendwende dargelegt. An die Stelle des »alten« SDI soll ein »globaler Schutz gegen begrenzte Angriffe« treten: »Ein... kleiner Schirm«, so interpretiert die FAZ (Leo Wieland: »Ein Schirm gegen die Saddams dieser Welt«, 2.8.1991), »soll zu einer Versicherungspolice gegen die Saddam Husseins der Dritten Welt entwickelt werden, die schon nach Kernwaffen und Trägerraketen gegriffen haben oder derlei planen«.

Allerdings ist in dieser Strategie ein fataler Fehler enthalten, der schon bei der Generalprobe am persischen Golf deutlich geworden ist. Die »weapon states« können sich nämlich angesichts der Struktur der Weltarbeitsteilung nicht einfach aus eigenen Ressourcen heranbilden. Sie müssen dazu von den Industrieländern erst aufgerüstet werden. Jeder Waffengang, der Golf hat es demonstriert, ist ein Anlaß für einen neuen Rüstungswettlauf. Die gleichen Länder, die sich anmaßen, für die »Zwangsabrüstung« der »weapon states« zum Besseren der Weltordnung Sorge zu tragen, sind zugleich die größten Waffenexporteure, die wichtigsten Lieferanten der Waffenstaaten. Es wird also das Phänomen des Waffenstaa-

tes durch die zivilen Gesellschaften des »Nordens« erzeugt, auf dessen Beseitigung die 3D-Strategie gemünzt ist.⁸ Die von Krauthammer präsentierte unipolare Welt mag alles sein, nur eine friedliche Welt wird daraus nicht hervorgehen. Und schlimmer noch: sie kann ex definitione nicht mehr die Mechanismen und Institutionen der konsensualen Konfliktlösung entwickeln, weil ja der Kern der neuen Weltordnung die Stabilitätssicherung durch militärische Macht ist. Die Hoffnung auf eine »Zivilisierung des Konfliktverhaltens« (Brock 1991: 193) nach dem Golfkrieg ist nur durchzuhalten, wenn von der Unipolarität Abschied genommen wird.

Die Strategie der technologischen Blockade (»denying«) könnte jenseits der beabsichtigten militärischen und sicherheitspolitischen Wirkung auch dazu beitragen, daß die nicht zum »Norden« zählenden Nationen von der technologischen Entwicklung noch mehr abgekoppelt werden als bisher schon. Die »windows for technological options«, von denen in der OECD im Zusammenhang mit der Frage des Technologietransfers vom Norden in den Süden geredet wird (Ernst/O'Connor, OECD 1989), werden also von den einen (zivil) geöffnet und von den anderen (militärisch) sogleich wieder zugeschlagen. Nach eineinhalb Jahrzehnten der beschleunigten technologischen Umwälzung in den Industrieländern mit Elektronik, Informatik, Weltraum-, Gen- und Biotechnologie und einer ebenso langen Zeit der durch die Schuldenkrise strangulierten ökonomischen und technologischen Entwicklung in Lateinamerika, Afrika und vielen Ländern Asiens ist der technologische Abstand in überschaubarer Frist uneinholbar. Er ist sogar im Verlauf der 80er Jahre in vielen Ländern größer geworden. Wenn die Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigtenstunde) der USA als Referenzmaß gleich 100 gesetzt wird, dann hat sich in der OECD-Welt in den vergangenen Jahrzehnten eine deutliche Angleichung der Produktivitätsniveaus vollzogen; der Durchschnitt erreicht Ende der 80er Jahre fast 80% des US-Niveaus, während er 1970 noch bei etwa 60% lag. In Lateinamerika hingegen ist der Abstand zum US-Niveau (und erst Recht zum OECD-Durchschnitt) gewachsen; zu Beginn der 70er Jahre lag das lateinamerikanische Produktivitätsniveau bei fast 30% des US-amerikanischen; Ende der 80er Jahre ist es auf etwas über 20% abgesunken (CEPAL 1990: 63ff).

Der Ausschluß von Staatengruppen der »südlichen« Welt (im geographischen Sinne; politische zählen dazu auch eine Reihe der vormals »östlichen« Länder) von technischer Modernisierung zementiert die Ungleichheit und dürfte selbst einen Grund für neue Konflikte abgeben, vielleicht nicht heute und morgen, aber sicherlich übermorgen. Die »Zivilisierung des Kapitalismus«, von der nach 1989 so viel und so emphatisch die Rede war (Vgl. Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989; Menzel 1991a), mag ja in den Industrieländern noch Aussichten auf Realisierung

8 »Der Golfkrieg hat die Widersprüche eines Zeitalters offengelegt, in dem Waffenexporte nicht zu politischen Zwecken sondern aus Profitgründen getätigt werden« (Inoguchi 1991: 25). Vgl. auch den Bericht von Pierre Simonitsch »Im Nahen Osten dreht sich die Rüstungsspirale« in: FR vom 13.8.1991; Wirtschaftswoche, 31.5.1991, S. 42-54.

haben. Doch der »Zivilisierung« im reichen Norden entspricht die »Entzivilisierung« südlich des Mittelmeers und des Rio Grande del Norte. Krauthammer (1991:30) ist realistisch genug, die »Waffenstaaten« gerade mit dem Mangel der Institutionen einer Zivilgesellschaft zu definieren. Wenn man die Rückwirkungen der Entzivilisierung des Kapitalismus in anderen Weltgegenden auf die Industrieländer - etwa in Form der Migration - in Rechnung stellt, ist es fraglich, ob eine zivile und demokratische Gesellschaft in einer Festung, abgeschottet gegen den größeren Rest der Welt, errichtet und erhalten werden kann. Denn »Zivilität« könnte nur als universalistisches Prinzip Gültigkeit erlangen, keinesfalls aber als Prinzip der »unipolaren« Privilegierung eines Teils der Welt gegenüber dem anderen. »Wer die Chancen, die die bereits bestehende civil society für ein linkes, d.h. universalistisches Projekt bietet, aufnehmen will«, muß sich nicht nur »beeilen«, wie Brumlik (1991: 993) formuliert, sondern zunächst einmal konstatieren, daß die *civil society* in der heutigen Welt nur in polarisierter Form existiert und das universelle Projekt der Zivilisierung zuallererst Klarheit darüber vermitteln müßte, wie denn die Polarisierung und Hierarchisierung (auf dem Gebiet der politischen und militärischen Macht ebenso wie bei der ökonomischen Leistungsfähigkeit) zu überwinden sei, damit sie sich, kulturell verfestigt (z.B. in Form des Rassismus) nicht anschicken kann, den jeweils anderen die »Zivilisation« zu bringen.⁹

Das Zwischenresümee: Die »neue Weltordnung« mit Markt, Demokratie und »american way of life« ist in keiner Weise darauf ausgelegt, die Polarisierung in der modernen Welt zu überwinden. Das »unipolare« Projekt der US-amerikanischen politischen und militärischen Vorherrschaft ist in erster Linie auf die Garantie der Sicherheit der Rohstoffversorgung ausgelegt, nicht aber auf Überwindung der polarisierten Weltstruktur; im Gegenteil, sie würde noch zugespitzt. Das universalistische Projekt der »civil society«; so wie es von den Verfechtern gedacht wird, sieht ebenfalls von den Konsequenzen der polarisierten Weltstruktur ab, kann vor allem nicht begreifen, daß eine »Zivilisierung des Kapitalismus« nur in dem privilegierten Teil der Welt wegen der Rückwirkungen im globalen Raum gar nicht möglich ist. Zivile Ordnung und entzivilisiertes Chaos treten gleichzeitig auf. Was für das globale System gilt, wiederholt sich in je spezifischer Form in den nationalen und regionalen Gesellschaften: Reiche gibt es in armen Ländern und Arme in den reichen Ländern.

Entwicklungsschranken im modernen Kapitalismus

Es geht also bei der Debatte über die »neue Weltordnung« um die Freilegung der Gründe für die Polarisierung in der Welt, die sowohl dem Projekt der »Unipolarität« widerspricht als auch ein universalistisches Projekt der »civil society« so

9 Jean-Pierre Chevenement ist ja als Verteidigungsminister mit der Begründung zurückgetreten, die militärische Expedition sei wie »zur Kolonialzeit« geplant und durchgeführt worden (FR 23.4.1991). Zum Zivilisationsbegriff im kolonialen Zeitalter vgl. die Ausführungen von François Rigaux in diesem Heft.

schwierig macht. Noch in der Epoche nach dem zweiten Weltkrieg gingen Theoretiker ebenso wie nationale Politiker oder internationale Institutionen davon aus, daß sich die weniger entwickelten Länder dieser Erde durch nachholende Industrialisierung und institutionelle Modernisierung Eintritt in den Club der reichen Industrieländer verschaffen sollten. Die Botschaft an die Entwicklungsländer also lautete: Macht es so wie wir, industrialisiert die Wirtschaft und modernisiert das gesellschaftliche System, dann werdet Ihr den »take off« in die Wohlstandsgesellschaft auch schaffen. Doch eines der Hauptkennzeichen der Industrialisierung, also der Moderne in den Ländern des reichen Nordens, ist der hohe Energieverbrauch der »oil-based economies«. Eine Betrachtung der Implikationen der Energieabhängigkeit des fordistischen Modells erschließt einige (das heißt natürlich: nicht alle!) Charakteristika der Weltordnung.

Nordamerika und Westeuropa mit einem Anteil von insgesamt 11,6% der Weltbevölkerung konsumieren 42,5% der Energie und produzieren daher 43,4% der CO₂-Emissionen. Die hohe Produktivität des Akkumulationsmodells von Massenproduktion und Massenkonsumtion hat also einen Preis: die Plünderung der Syntropieinseln¹⁰ des Globus und die Deponie der transformierten Energie in die Atmosphäre in Form von Abgasen, in die Lithosphäre in Form des Abfalls und in die Hydrosphäre in Form der Abwässer. Der Anstieg der Entropie, d.h. die Reduzierung der verfügbaren Energie, ist also ebenso enorm wie der wegen seiner Wohlstandswirkung bewunderte und daher nachzuahmen versuchte Produktivitätsanstieg. Die Konzentration der Syntropie in den Industrieländern und die Entropieabfuhr in andere Weltgegenden hat zur Folge, daß der - im thermodynamischen Sinne - höheren Ordnung von Material und Energie im »Norden« ein höheres Chaos im »Süden« entspricht. Daß die Reduktion von Ordnung (im thermodynamischen Sinne) sozial disgregierende, anomische Wirkungen zeitigt, haben Bunker (1985) und Brüseke (1991) am Beispiel der Rohstoffextraktion in Amazonien gezeigt.

Erst der Rekurs auf fossile Energieträger gibt der Steigerung der Arbeitsproduktivität den notwendigen Impuls, um die hohen »fordistischen« Wachstumsraten mit ihren Wohlfahrtseffekten zu erreichen. Die überlegene Dynamik des technischen Fortschritts¹¹ erklärt den industriellen Erfolg der US-Wirtschaft seit dem

10 Als »Syntropieinseln« können Systeme hoher Ordnung bezeichnet werden, z.B. Parzellen der Erdkruste, in denen die diversen Stoffe, aus denen sich der Planet zusammensetzt, nicht »unordentlich« durchmischt, sondern »ordentlich« getrennt lagern. Konzentrierte Vorkommen nützlicher Stoffe sind dem menschlichen Zugriff zugänglich: Goldadern, Eisenminen, Bauxitlager, Kohlenflöze, Ölfelder, Erdgasblasen. Solche Syntropieinseln sind im Verlauf der Erdgeschichte (z.T. sogar im Verlauf der Geschichte des Weltalls) gebildet worden, z.B. indem im Zeitraum von Jahrmillionen die Sonnenenergie infolge der Wirkungen der Photosynthese in Form von Kohlenstoff und durch dessen Mineralisierung in Lagern fossiler Brennstoffe gespeichert worden ist. Syntropieinseln haben immer eine wesentlich längere Bildungsgeschichte (Jahrmillionen) als ihre Plünderung (längstens einige Jahrhunderte) dauert (Vgl. Dürr 1990).

11 Die USA überrundeten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Großbritannien in der Zahl von bedeutenden Erfindungen, Entdeckungen und Innovationen. Im Zeitraum 1851-1875 können 17,8% der wichtigen Erfindungen Großbritannien, 20,9% Frankreich, 23,9% Deutschland und 25,2% den USA zugerechnet werden. 1915-1939 waren es 13% im Falle Großbritanniens,

Ende des vergangenen Jahrhunderts weniger als die Verfügbarkeit von strategischen (vor allem fossilen) Ressourcen zu niedrigen Kosten, durch die die Dynamik des Industriemodells gestützt wurde.

»Der Überfluß an Ressourcen war ein ständiger Beitrag für viele...der ureigenen amerikanischen industriellen Entwicklungen. Das Fließbandsystem, Methoden der Massenproduktion, in enger Verbindung mit den modernen Formen der Unternehmensorganisation, waren durch einen im Vergleich zu Arbeit und Produktion hohen Durchfluß ('high throughput') von Brennstoffen und Rohmaterialien charakterisiert. Amerikanische Produktions- und Konsumgüter waren oft spezifisch auf eine ressourcen-reiche Umwelt ausgelegt« (Wright 1990: 661).

Der Prozeß der Produktivitätssteigerung ist also zugleich ein Prozeß der beschleunigten Ressourcennutzung. Die »continental destiny«, die Expansion auf dem Kontinent zwischen zwei Ozeanen, machte diese möglich. Seit dem zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts wird der Kontinent mit einem Eisenbahnnetz überzogen, das 1873 ausgedehnter als das europäische ist und 1913 mit 42,3 km je 10000 Einwohnern alle anderen Eisenbahnnetze (mit Ausnahme der argentinischen, das auf 43,4 km pro 10000 Einwohner kommt) überrundet hat (Maddison 1989: 48). Dadurch wurden nicht nur die Zirkulationsbedingungen des Kapitals verbessert und durch Zusammenführung von Produktions- und Verbrauchsorten der innere Markt ausgedehnt, sondern auch riesige Landareale ebenso wie natürliche Ressourcen oberhalb und unterhalb des Erdbodens erschlossen:

»Die Ressourcen der Vereinigten Staaten können in jener Zeit (Ende des vorigen Jahrhunderts - E.A.) nur in Begriffen von überwältigender, riesiger Größe beschrieben werden: ungeheure Mengen aller wichtigen Mineralien, die ein Land für die Industrialisierung braucht - Kohle, Eisenerz, Kupfer, Buntmetalle wie Zink, Gold, Silber, dann gewaltige Mengen Öls, fruchtbare Böden für die Landwirtschaft, die sich über tausende von Quadratmeilen ausdehnten; genügend unterschiedliche Klimazonen, die lange Wachstumsphasen für Textilpflanzen wie Hanf und Baumwolle, für Nahrungsmittel wie Zucker erlauben; dann reichhaltige Wälder, die viel Bauholz liefern und Holz für andere Waldprodukte« (Agnew 1987: 49).

Viele Erfindungen dienten der Erschließung und Nutzung von Ressourcen sowie der Durchdringung des Territoriums. Die Kühltechnik legte den Grundstein für die Konzentration der Fleischindustrie in Chicago, das Telefon erleichterte die Kommunikation über große Distanzen, die Chemisierung der Landwirtschaft steigerte deren Erträge, die wiederum der Marktausdehnung bedurften, um abgesetzt werden zu können. Daher die große Bedeutung von Innovationen im Transportsektor. Die modernen Technologien der Stahlproduktion schufen das Angebot des Basisprodukts für den Maschinenbau und die Automobilproduktion, die den industriellen Aufschwung der USA am Ende des vergangenen und im ersten Drittel dieses Jahrhunderts begründeten. Die Steigerung der gesamten Faktorproduktivität (Maddison 1989: 22) - in der Phase 1913-1950 in den USA mit 1,57% pro Jahr überdurchschnittlich hoch (zum Vergleich: Großbritannien 0,87%; Deutschland: 0,74%; Japan 0,92%) - ist den technischen Innovationen, der Organisation der Unternehmen und des Managements und den Qualifikationen der Arbeitskraft, doch in bedeutendem Maße der Erschließung von Syntropieinseln

4,1% im Falle Frankreichs, 13,0% in Deutschland, aber 58,6% in den USA (Dunning 1983: 106; nach Agnew 1987: 70).

hochkonzentrierter Ressourcen zuzuschreiben. »Zeitatome sind die Elemente des Gewinns« zitiert Marx (MEW 23:257), vulgo: »time is money«.

Die fordistische Produktionsweise konnte gerade in den USA entstehen und erblühen, weil in jenem Land mit »open frontier« zwischen zwei Ozeanen mehr als in den traditionellen europäischen Industrieländern die Syntropieinseln reichhaltiger Ressourcenbestände zur Verfügung standen. Sie ermöglichten den Produktivitätsfortschritt energetisch und stofflich und öffneten gleichzeitig Räume für die weißen Kolonisatoren, um ohne Rücksicht auf Restriktionen durch Naturschranken und gegen den Widerstand der indianischen Ureinwohner die Logik des fordistischen Modells in eine Lebensweise umzusetzen, deren erlebte Attraktivität die weltweite Ausstrahlungskraft begründet. Davon wiederum profitiert seit etwa den 20er Jahren die Filmindustrie, die zugleich technologische Innovation und ideologische Praxis des Fordismus ist, indem sie das Bild des »american way of life« mit allen seinen Ingredientien konstruiert und global propagiert. Und mehr noch: Angesichts der reichhaltigen und billigen natürlichen Ressourcen werden »amerikanische Produktionsmittel und Konsumgüter oftmals ganz spezifisch für eine Umwelt mit einem Überfluß an Ressourcen gestaltet« (Wright 1990: 661), sie verbrauchen also nicht nur bei der Produktion, sondern auch im Prozeß der Konsumtion Ressourcen im Übermaß.

Die Erschöpflichkeit von Syntropieinseln jedoch zeigt sich in den USA nach wenigen Jahrzehnten der beschleunigten Industrialisierung auf der Basis von Massenproduktion und Massenverbrauch, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist der geographische Raum trotz seiner kontinentalen Ausdehnung ebenso begrenzt wie es die so reichen Ressourcenlager sind. Zweitens erfordert die Steigerung der Produktivität der Arbeit, also die Verfolgung der »fordistischen Botschaft«, gerade exponentiellen Zugriff auf Ressourcen aus Syntropieinseln: die Plünderung tendiert also modellspezifisch zur Beschleunigung. So kommt es, daß der Erfolg des fordistischen Modells dessen Ressourcen Grundlagen unterminiert. 1913 beträgt der Anteil der USA an der Weltproduktion beim Erdgas 95 %, beim Erdöl 65 %, bei Kupfer 56 %, bei Phosphat 43 %, Kohle 39 %, Molybdän 38 %, Bauxit 37 %, Zink 37 %, Bauxit 37 %, Eisenerz 36 %, Gold 20 % (Wright 1990). Doch schon seit den 20er Jahren muß ein Mineral nach dem anderen zusätzlich zur heimischen Produktion importiert werden, um den steigenden Verbrauch zu decken, obwohl auch in den USA immer entfernter von den traditionellen Industriezentren gelegene Lager erschlossen wurden und mit dem Fortschritt der Transportinfrastruktur und -technik auch lohnend ausgebeutet werden konnten. Seit den 40er Jahren dieses Jahrhunderts jedenfalls verwandeln sich die USA in einen Nettoimporteure von mineralischen Ressourcen. Also werden nun nicht mehr nur die nationalen Syntropieinseln ausgebeutet, sondern auch diejenigen anderer Kontinente (Vgl. die Daten in: Bundesanstalt...1986; Weißbuch 1983; Eich/Hübener 1987). Es entsteht eine globalisierte Rohstoff- und Energiewirtschaft: So wie das Territorium der USA im 19. und frühen 20. Jahrhundert ökonomisch integriert wurde, so erfolgte prinzipiell die Globalisierung der Roh-

stoffwirtschaft vor allem nach dem zweiten Weltkrieg (Wright 1990: 665).

Die Globalisierung der Rohstoffwirtschaft ist gleichbedeutend mit der Ausdehnung des Produktions- und Konsumtionsmodells auf andere Kontinente, freilich in der gegensätzlichen Form von metropolitanem und peripherem Fordismus. In dem Maße wie Länder der Dritten Welt aber versuchen, den fordistischen Typ der Industrialisierung zu imitieren, werden sie ebenfalls von den notwendigen fossilen Resourceninputs abhängig: das Produktivitätsmodell kann nur erfolgreich unter Rekurs auf fossile Energieträger und nicht mit biologischer Energie implementiert werden. Sofern sie nicht selbst auf ihrem jeweiligen Territorium darüber verfügen, müssen sie diese importieren. Auch für sie erlangt so die Preisentwicklung insbesondere der energetischen Ressourcen, zentrale Bedeutung - wie es sich nach dem Erdölpreisschock von 1973 und wieder nach dem Golfkrieg zeigt.¹² Also kommt es nicht nur darauf an, Syntropieinseln überall auf dem Globus zu erschließen - die Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern ist mindestens einige Jahrzehnte gesichert (Beutel 1991) und in Grenzen auch energiepolitisch gestaltbar (Kitschelt 1983) -, sondern die daraus entnommenen Ressourcen zu akzeptablen Preisen beziehen zu können. Auch diese Bedingung dürfte bis Mitte der 90er Jahre gesichert sein, nicht zuletzt wegen des »Erfolgs« im Golfkrieg, der alle diejenigen Versuche geblockt hat, den Einfluß auf den Ölpreis seitens der Förderländer zu erhöhen.

Rohstoffreichtum ist nicht unbedingt eine gute Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des von den Industrieländern dominierten Weltsystems, wenn die Rohstoffe doch in erster Linie als Inputs der »oil based economies« des industrialisierten Nordens genutzt werden und im Austausch für Rohstoffe immer weniger Industriegüter erzielt werden können.¹³ Daher kommt es, daß der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltausfuhr (ausgewählter Warengruppen) 1928 bei 25,5 % lag und mehr als 50 Jahre später 1985 auf 23,3 % abgesunken ist (nach: Fröbel/Kreye/Heinrichs 1987). Seit 1975 hat sich der Anteil der Indu-

12 Der IMF hat die Wirkung der Ölpreiserhöhung auf die Entwicklungsländer für 1990, 1991, 1992 kalkuliert (IMF 1991: 21-25). Danach werden die Öl importierenden Netto-Schuldnerländer einen Ölpreis-bedingten Wachstumsverlust (reales Bruttoinlandsprodukt) von -0,6% 1990 und -0,4% 1991 erleiden. Die entsprechenden Daten für Afrika lauten: -0,3% 1990 und -0,2% 1991, für Lateinamerika: -0,5% 1990 und -0,1% 1991. Auch die Wirkung auf die terms of trade ist vorwiegend negativ.

13 Die Daten über die terms of trade sind mit vielen Ungenauigkeiten behaftet. Jedoch indizieren sie eine Tendenz, die auch in den Daten der Weltbank zum Ausdruck kommt. Danach betragen die Terms of Trade (1980 = 100) im Jahre 1988 in den Ländern mit niedrigem Einkommen 93 (Medianwert), in den Ländern Afrikas südlich der Sahara 92, in Lateinamerika 86, in Ländern mit gravierenden Schuldenproblemen 92. Im Durchschnitt der OECD-Länder aber verbessern sie sich im Verlauf der 80er Jahre auf 103 (Weltbank 1990: 236f). Es sind viele Faktoren, die zusammengenommen das Resultat der günstigen Entwicklung der Terms of Trade für die Industrieländer, d.h. der billigen Versorgung des fordistischen Akkumulationsmodells mit Rohstoffen und Energie bewirken. Sie können hier nur knapp benannt werden, da eine genauere Analyse die Untersuchung einzelner Produktmärkte erfordern würde. Zu unterscheiden sind jedenfalls (a) strukturelle Bedingungen in den Exportländern von Ressourcen, (b) die Gestaltung des internationalen Handels zwischen Industrieländern und Rohstoffexporteuren, (c) technische Faktoren und (d) die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise.

strieländer an der Weltausfuhr (Welteinfuhr) von 65,6% auf 70,7% erhöht (von 67,0% auf 71,9%), während derjenige der Entwicklungsländer von 24,6% (21,7%) auf 19,7% (18,7%) zurückgegangen ist (Daten nach BMZ). Von der beschleunigten Expansion des Welthandels haben die Entwicklungsländer also weniger als die Industrieländer profitiert. Dieser Sachverhalt reflektiert nur das tendenzielle Zurückbleiben der Rohstoffproduzenten in einer Weltwirtschaft, die zweifelsfrei von den Industrieländern dominiert wird.

Also kann die - vorsichtige - Schlußfolgerung gezogen werden, daß das spezifische Regime der Preisbildung von materialen und energetischen Ressourcen sowie das »Schulden-Regime« (Alt Vater 1991a) in den vergangenen Jahrzehnten dafür gesorgt haben, daß das fordistische Akkumulationsmodell in den Industrieländern nicht mehr auf den je nationalen Syntropieinseln basiert, sondern auf der Ausplünderung der Ressourcenlager in aller Welt. Es soll natürlich nicht behauptet werden, daß dies die entscheidende Bedingung der hohen Akkumulationsraten in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg gewesen ist. Aber sie sind durch diesen Mechanismus, der für reichhaltiges Angebot und niedrige Preise von Ressourcen sorgte, stimuliert worden. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die niedrigen realen Rohstoffpreise eine positive Wirkung auf die Profitraten und damit auf die Akkumulations- und Wachstumsraten in den Industrieländern hatten und haben. Im Grunde haben sich die Industrieländer in grandiosem, d.h. globalem Umfang an den der Menschheit gemeinsam zur Verfügung stehenden external economies (im Marshall'schen Sinne), die von den Syntropieinseln ausgehen, bedient. Bislang sind sie gut damit gefahren; ihr Wohlstand ist gestiegen, derjenige der Extraktionsökonomien freilich ist - zumindest im vergangenen Jahrzehnt - gesunken.

Das Nimby-Regime oder die unerträgliche Leichtigkeit des Seins: Entropieabfuhr und Kampf um Emissionsrechte

Das Modell der durch das Preisregime unterstützten Nutzung von Syntropieinseln seitens der fordistischen (und »postfordistischen«) Ökonomien könnte möglicherweise noch eine geraume Zeit fortgesetzt werden,¹⁴ wenn es nicht als unerwünschtes by-product der intelligent geplanten und realisierten Transformationen von Stoffen und Energien hohe Emissionen in Luft, Wasser, Böden geben würde. Und nicht nur dies: Die Entnahme bestimmter Ressourcen hat zur Folge, daß die ökologische Regenerationsfähigkeit lokaler, regionaler und gar globaler Ökosysteme gefährdet wird. Die Abholzung der Regenwälder zur Entnahme von Holz oder zur Gewinnung des Landes als Ressource der landwirtschaftlichen

14 Darauf verweisen beispielsweise Kitschelt (1983) oder Beutel (1991). Natürliche Grenzen für Wachstum und Entwicklung gibt es zwar, aber die politisch-gesellschaftliche Gestaltbarkeit ist groß, wie bereits die Daten über den länderspezifischen Energieverbrauch andeuten. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß bei politischer Gestaltung Externalisierungstendenzen eine Rolle spielen, also des einen Landes Erfolg der Mißerfolg anderer Länder sein kann.

Produktion (Rinderweidewirtschaft Amazoniens) hat auch zur Folge, daß die abgeholzten Flächen als Kohlenstoffsenken zur Aufnahme eines Teils der CO₂-Emissionen in die Atmosphäre ausfallen. Die Zerstörung der Ozonschicht infolge der FCKW-Emissionen kann zu gravierenden Schädigungen des Meeresplanktons führen, so daß der Kohlenstoff-Austausch mit den Ozeanen leidet. Also hat die Plünderung von Syntropieinseln den Nebeneffekt, daß die Tragfähigkeit von ökologischen Systemen für Schadstoffemissionen (Entropieabfuhr) verringert wird. Positive Rückkopplungseffekte verstärken die ökologische Krise.

Nun wird häufig die These vertreten, daß in post-fordistischen Zeiten, vor allem infolge der höheren technischen Intelligenz, der Energie- und Materialverbrauch gesenkt werden könnte. Jedoch ist dies so leicht nicht. Denn die »Individualisierung« ist ein Moment der »Modernisierung« fordistischer und »postfordistischer« Gesellschaften und hat zur Folge, daß der Energie- und Stoffaufwand zur Befriedigung von Bedürfnissen vervielfacht wird. Beim Individualverkehr zur Befriedigung der in den reichen Industrieländern extrem gestiegenen Mobilitätsansprüche ist dies offensichtlich; dies ist aber nicht anders beim Individualkonsum von Waren. Verpackungen von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern werden schon allein aus hygienischen und warenästhetischen Gründen, die in individualisiertem Ambiente eine größere Rolle als in kollektiven Zusammenhängen spielen, wichtiger. Es ist daher eine ganze Industrie entstanden, die nichts als (Verpackungs)müll produziert. Die chemische Industrie erzeugt Jahr für Jahr weltweit etwa 1000 neue chemische Stoffe, die zu den bereits existierenden 70000 Substanzen hinzugefügt werden müssen, die in der Produktion und im täglichen Verbrauch genutzt werden. Von diesen Stoffen dürfte die Hälfte für die äußere und innere Natur des Menschen giftig oder zumindest schädlich sein. Die individualisierten Lebenszuschnitte sind also energieintensiv, raumbeanspruchend und müllproduzierend. Auf der anderen Seite sind die gleichen Individuen umweltsensitiv, was die Suche nach Strategien der Müllvermeidung und -entfernung forciert. In einer Studie über die Baseler Giftmüll-Konvention von 1989 schreibt Greenpeace:

»Die Tragik: Das 'neue Umweltbewußtsein' in Industrieländern führt direkt in den ökologischen Kolonialismus. Nach Jahrhunderten der Ausbeutung von Rohstoffen, Naturressourcen und menschlicher Arbeitskraft der Dritten Welt schiekt man nun die Exkremente industrieller Produktion in die gebeutelten Länder - im vollen Bewußtsein der eigenen Tat. Die Probleme der Industriegesellschaften, Altlasten und wachsende Giftmüllberge, sind das Spiegelbild der früheren Unkenntnis und Blindheit bei uns. Aber nicht verantwortungsvolles Handeln aus besserer Erkenntnis ist das Credo der Industriestaaten, sondern eine 'neue Reinlichkeit'. Die Dritte Welt muß es ausbaden. Ökologischer Fortschritt bei uns auf dem Rücken der Armen« (Greenpeace 1989).

Die Paradoxie besteht also darin, daß die gleichen Gründe, die für die Müllawine mitverantwortlich sind, für deren Externalisierung sorgen. Denn den produzierten Abfall vor Augen wird jedes Individuum zum »Nimby« (Not in my backyard) und versucht, das Problem aus dem Blickfeld zu schaffen, zu externalisieren, abzuführen. Wenn die Deponien überquellen - die jährliche Zunahme des Mülls wird in den Industrieländern auf etwa 3% geschätzt - und Müllver-

brennung keine Lösung sein kann,¹⁵ dann werden Tendenzen befördert, den flüssigen und festen Müll außer Landes zu exportieren: Flüssigabfälle werden im Meer verklappt, Festmüll geht auf die Reise in Länder, die in der Regel aus kurzfristigen ökonomischen Gründen Deponien oder Verbrennungsanlagen zur Verfügung stellen (Vgl. die Recherche von Greenpeace 1990), gegen die es in den Industrieländern sozialen Widerstand gibt.¹⁶ Unter den exportierten Müllmengen, so die OECD, müssen 20000 bis 30000 Tonnen als extrem gefährlich eingestuft werden. Die Gründe für den Müllexport liegen auf der Hand: Es sind zum einen Kostenüberlegungen der Müllexporteurs, zum anderen die Devisennot von Importländern und Gewinninteressen von Recyclingfirmen. Freilich schreibt die OECD auch, daß

»die in der Deponie von Müll enthaltenen Risiken nicht gering zu veranschlagen sind: Schlechte Deponierung kann der Gesellschaft beträchtliche Kosten verursachen - 100 bis 1000 Mal so viel wie präventives Müll-Management ohne Umweltschädigung erfordern würde« (OECD 1991: 151f)

Trotzdem: Fast alle lateinamerikanischen Länder sind schon ins Blickfeld »as a waste dump site by U.S. waste brokers« (Greenpeace 1990: 119) geraten. Viele von Greenpeace (1990) zusammengetragene Beispiele zeigen: die lateinamerikanischen Länder sind nicht nur als Syntropieinseln interessant, sondern auch als Regionen der Schadstoffabfuhr, um so die Entropiebilanz der fordistischen Industrieländer zu verbessern. Der ökonomische Entwicklungsimpuls, der von der Bearbeitung (Lagerung, Recycling) von gefährlichen Abfällen ausgeht, wird durch die ökologischen Wirkungen - wie die OECD zugibt - zunichtegemacht. Die Ordnung in den betroffenen Gesellschaften nimmt nicht nur wegen der Rohstoffextraktion und der sonstigen Zerstörungen an der lebendigen Natur (Regenwaldvernichtung) ab, wie Bunker (1985) schreibt, sondern auch wegen der Effekte von Schadstoffemissionen.

Überwindung der Polarisierung durch »Zivilisierung« des Kapitalismus?

Es schließt sich der Kreis. Das Regime des Zugriffs auf die Syntropieinseln des Planeten Erde hat die Industrieländer begünstigt und die Rohstoffe produzierenden Extraktionsökonomien bislang benachteiligt. So schreiben Debeir u.a. (1989: 244f.):

»...Während die Mobilisierung der fossilen Energieressourcen zugunsten einer Minderheit der Menschheit in noch nie dagewesenem Ausmaß zunimmt, leidet die Mehrheit trotz des gesteigerten und irreversiblen Abbaus der erneuerbaren Ressourcen unter Energiemangel...Jahrzehntelang wurde das amerikanischen Produktions- und Konsumtionssystem, der American way of life, allen Gesell-

15 Denn erstens ist die Materialbilanz des verbrannten Mülls negativ, da man die Anlage nach Ende ihrer Funktionsdauer ja auch als Müll entsorgen muß. Zweitens müssen die hochtoxischen Filterstäube entsorgt werden und drittens kann die Verbrennung nicht so isoliert werden, daß ein Schadstoffausstoß (dessen Zusammensetzung kaum bekannt ist) in die Luft mit Sicherheit verhindert wird.

16 In den Industrieländern fallen jährlich etwa 500 Mio Tonnen giftiger Abfälle an, davon werden mindestens 6 Mio Tonnen »mehr oder weniger legal in die Dritte Welt oder in Ostblockstaaten verfrachtet« (Obertreis 1989: 12).

schaften der Welt als nachahmenswertes Vorbild angeeignet. Eine praktisch unbegrenzte Ausweitung des Konsums sollte Armut und Ungleichheit besiegen. Die gegenwärtige Krise entkräftet diesen Mythos, offenbart sie doch unmißverständlich, daß sich die Energiesysteme, die das amerikanische Wachstum getragen haben, nicht auf die ganze Welt ausdehnen lassen...«

Dieser Sachverhalt drückt sich in den größer gewordenen Entwicklungsunterschieden aus, gleichgültig mit welchen Indikatoren sie gemessen werden. Das fordristische Akkumulationsmodell ist aber nicht nur auf der Inputseite ressourcenintensiv, sondern auch auf der Outputseite: es hat eine hohe Entropieproduktionsrate. Deren negative Folgen - Abfälle - werden durch die Organisation eines Regimes der Entropieabfuhr, das man »Nimby-Regime« nennen könnte, zu kompensieren versucht. Die globale Auseinandersetzung um begrenzte Emissionsrechte, die sich diejenigen nehmen, die über die entsprechenden ökonomischen Mittel und die politische und militärische Macht verfügen, ist in vollem Gange. Daß die Länder der Dritten Welt im Rahmen der Globalisierung des fordristischen Akkumulationsmodells arm geblieben sind, ist dabei von Vorteil. Sie können so leichter veranlaßt werden, gegen monetäre Kompensationszahlungen der Externalisierung der globalen Kosten des Fordismus zuzustimmen.

Da nimmt es nicht Wunder, daß Rohstoffarmut von Entwicklungsländern zu einer Bedingung von Entwicklungserfolgen werden kann. Korea oder Taiwan haben es geschafft, aus der Not der Rohstoffarmut eine Tugend zu machen, freilich unter ganz speziellen zusätzlichen Bedingungen, die nicht einfach als Entwicklungsstrategie zu verallgemeinern sind. Dies stellte sich sogleich heraus, als die Rohstoffländer die wie selbstverständlich von allen Entwicklungsagenturen verfolgte Strategie der nachholenden Industrialisierung in die Realität umzusetzen versuchten. In der Hoffnung auf Industrialisierungserfolge wurden von vielen Ländern hohe Hypotheken in Form von Außenkrediten aufgenommen, die zunächst mit den Einnahmen aus Rohstoffexporten bedient werden sollten. Der letzte Planungsminister des brasilianischen Militärregimes Delfim Netto erklärte 1979 optimistisch und selbstsicher, daß Brasilien mit den Erlösen aus den Eisen-erzexporten von Carajás seine Außenschulden zurückzahlen werde. Außenkredite schienen also das Vehikel der Modernisierung zu sein, zumal die Weltbank mit ihrer »Hypothese vom Schuldenzyklus« (Weltentwicklungsbericht 1985) argumentative Schützenhilfe leistete: ein Land, so kann grob zusammengefasst werden, beginnt die verschuldete Industrialisierung, erzielt dann höhere Exporteinnahmen und kann sich in überschaubarer Frist entschulden und in einen Gläubiger verwandeln. Die Aufnahme von Außenkrediten zu Marktbedingungen schien also der angemessene Weg der Industrialisierung zu sein. Doch schlitterte die Dritte Welt in die Schuldenkrise, als zu den sinkenden Rohstoffpreisen steigende Zinsen hinzukamen. Die Einnahmen aus Exporten von Rohstoffen reduzierten sich, während die Zahlungserfordernisse zur Bedienung der Schulden wuchsen; der Schuldendienst konnte nicht mehr aus den Zuwächsen der Exporteinnahmen gedeckt werden. Viele nationale Wirtschaften mußten nun den Ressourcentransfer dadurch aufbringen, daß die Pro-Kopf-Konsumtion und die Investitionen eingeschränkt wurden. Für die Entwicklungsländer war die »alte Weltordnung« mit

ihren Entwicklungsversprechen schon längst gescheitert, bevor noch infolge des Zusammenbruchs des real-sozialistischen Lagers die Rede von der »neuen Weltordnung« aufkommen konnte.

Es wäre naiv, dies nur als Problem der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts zu betrachten. Da die Tendenzen der Verarmung (Weltbank 1990) inzwischen ein Jahrzehnt andauern, sind die Rahmenbedingungen der Entwicklungsgesellschaften betroffen: die materiellen und institutionellen Infrastrukturen sind beschädigt und in vielen Fällen hoffnungslos überfordert, die Qualifikation der Arbeitskräfte ist zurückgeblieben, der technologische Rückstand zu den entwickelten Ländern ist größer geworden, das Geldwesen in vielen Ländern ist durch »Dollarisierung« und Hyperinflation zerstört, die politischen Systeme sind unregierbar geworden und die lokale und regionale Umwelt hat enorm unter Raubbau und Schadstoffemissionen gelitten. Der Traum der nachholenden Industrialisierung ist aus, es hat noch nicht einmal eine »verstümmelte Industrialisierung« gegeben. In vielen Ländern hat eine »verschuldete De-Industrialisierung« stattgefunden. Die Weltbank spricht deshalb auch nicht mehr vom Normalfall des Schuldenzyklus, sondern von der Möglichkeit, daß sich viele verschuldete Länder auf einem »ununterbrochenen Abwärtsfad« befinden könnten (Weltbank 1990). Am Ende der alten und zu Beginn der »neuen« Weltordnung präsentiert sich die Welt in höherem Grade polarisiert als je zuvor: Die Entwicklungsversprechen für den »Süden« sind frustriert, die Lebensbedingungen für Milliarden Menschen haben sich dramatisch verschlechtert. Die Alternative zum kapitalistischen Weg im »Osten« ist kläglich gescheitert. Nur der »Westen« hat Entwicklungserfolge aufzuweisen. Dies ist der Grund, warum das »westliche«, das bürgerlich-demokratische Modell zur - durch Reformen permanent zu verbessernden - Blaupause einer Zivilisierung des Kapitalismus genutzt werden soll. Die Frage allerdings lautet, ob das Modell verallgemeinerbar ist.

Das Resultat der Schuldenkrise könnte von Zynikern als die Wirkung einer »List der historischen Vernunft« interpretiert werden: die unschuldigen Marktmechanismen haben höchst wirkungsvoll etwas erreicht, was sonst nur schwer und mit politischer und militärischer Macht hätte durchgesetzt werden müssen. Spätestens seit den Berichten des Club of Rome (1971), von Global 2000 (1980) oder der Brundtland-Kommission (1987) ist es geläufig, daß die Globalisierung des westlichen Industriemodells aus ökologischen Gründen gar nicht machbar ist. Industrialisierung ist nur nach dem »closed shop«-Prinzip durchführbar, jedenfalls so lange diese sich auf den Verbrauch erschöpflicher materialer and energetischer Ressourcen stützt und die biotischen und abiotischen Sphären des Erdballs als gewaltige Schadstoffdeponien nutzt. Zwar sind die Rohstofflager der meisten Ressourcen noch für einige Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte der Fortsetzung der Entwicklung gut, aber sicherlich nur, sofern nicht alle Welt im Maße der reichen westlichen Gesellschaften auf die Ressourcen unserer Erde Zugriff hat. Wenn die übrigen 90% der Weltbevölkerung in gleichem Ausmaß die Atmosphäre als Schadstoffdeponie nutzen würden wie das reiche Zehntel der

Weltbevölkerung, dann würde der Treibhauseffekt einen für das globale Ökosystem Erde zum schnellen Kollaps führenden Impuls erhalten.

Diese Überlegungen können verdeutlichen, daß Industrialisierung ein »positionelles Gut« (Hirsch 1980) ist. Damit ist gemeint, daß die Nutzung des Gebrauchswertes dieses Gutes denjenigen, die darüber verfügen können, nur Befriedigung garantiert, wenn nicht alle anderen auch daran teilhaben. Wenn alle Autobesitzer zugleich das Auto fahren würden, würde das Automobil ein Immo-bil werden. Doch mit der Industrialisierung ist es nicht viel anders. Wenn alle Länder, alle Menschen und Gesellschaften das Produktivitäts- und Versorgungsniveau Westeuropas, Japans oder der USA imitieren wollten oder könnten, dann wäre mit dem Kollaps des Ökosystems Erde auch der Lebensstandard in den reichen Ländern gefährdet. Die Modernisierung ist also »sphärisch gebunden« (Altvater 1991a), es kann die Belastbarkeit der abiotischen und biotischen Sphären der Erde nicht außer Acht gelassen werden, wenn wir über Industrialisierung, Modernisierung und Entwicklung reden.

Es kann sich in der ökologischen Krise und unter den Bedingungen der blockierten Entwicklung keine Zivilgesellschaft herausbilden, deren Fehlen Krauthammer (1991: 30f) zu Recht für die Verselbständigung des Staatsapparats zu einem »weapon state« verantwortlich macht. Wenn aber Entwicklungsprojekte scheitern, wenn Modernisierung nicht gelingt, wenn also eine Zivilgesellschaft nicht entsteht, dann ist die Verselbständigung der Staatsklasse gegenüber der Gesellschaft und die Transformation in einen Waffenstaat nicht überraschend. Daß auch in Zukunft Waffenstaaten auftauchen können, hat nicht allein (d.h. zum Teil sehr wohl) mit je nationalen Verhältnissen zu tun, sondern mit der widersprüchlichen Struktur des an seine Entwicklungsschranken geratenen globalen (fordistischen) Akkumulationsregimes. Und mehr noch: Wenn die Anstrengungen einer »Zivilisierung des Kapitalismus« in den Industrieländern gefährdet werden, dürften »Waffenstaaten« nicht nur im Süden Gefahr für Frieden und Stabilität hervorrufen; Rosa Luxemburg hat vor 80 Jahren auf den Zusammenhang von Expansionismus, Imperialismus, Nationalismus und Rassismus verwiesen. Niemand sollte meinen, die Industrieländer könnten in einer aus den Fugen geratenen Welt »für Ordnung« sorgen und dabei von den Rückwirkungen der Unordnung auf die (nationale) zivile Gesellschaft verschont bleiben.

Mit den ordinären Marktmechanismen bei der Preisbildung von Rohstoffen und bei der Bewegung der Kreditzinsen sind die Industrialisierungsbemühungen der Entwicklungsländer zunichtegemacht worden. Die »Strafe« für das Scheitern ist die unfreiwillige »Abkopplung« halber Kontinente vom Weltmarkt, ein Sachverhalt, der auch arrogant als zunehmende ökonomische Bedeutungslosigkeit der ehemaligen Dritten Welt für die Industrieländer interpretiert werden kann (So Nye 1990). Märkte erzwingen zwar Innovationen und sind daher fantastische Motoren der Evolution. Sie sind aber zugleich höchst konservativ; sie konservieren die gegebene Struktur der Verteilung in der Weltwirtschaft, wenn man von den wenigen Ausreißern, den Ausnahmen der Regel, einmal absieht. Mit dem

Hochgesang auf den Markt auf allen Kontinenten nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus werden auch die konservativen Elemente der Teilung der Welt in »haves« und »haves not«, in reiche und arme, in entwickelte und weniger entwickelte, in industrialisierte und wenig oder gar nicht industrialisierte Gesellschaften gerechtfertigt. Und was für das globale System gilt, wiederholt sich in der einen oder anderen Form in jeder nationalen Gesellschaft. Die Tendenzen auf der globalen Ebene haben also (nach dem Prinzip der Selbstähnlichkeit) in jeder einzelnen nationalen Gesellschaft eine Entsprechung: Phänomene der Dritten Welt findet man in der Bronx, in London oder Berlin und einen Abklatsch der Moderne kann man mit Leichtigkeit im Industriegürtel Sao Paulos, in der indischen Filmindustrie oder im mexikanischen Finanzsystem ausmachen.

Die Kehrseite dieser neuen politischen, ökonomischen und militärischen Weltordnung sind karitative Hilfen. Vielleicht bezog Bush sich darauf, als er in seiner Vision der »neuen Weltordnung« das Attribut »moralisch« gab. Wenn erst einmal im Krieg die technische und soziale Infrastruktur einer Gesellschaft militärisch zerstört worden ist, bleibt gar nichts anderes als das Sterben nach Ende der Kampfhandlungen dadurch zu lindern, daß ganze Völker an den Tropf gehängt werden. Aber wenn man die Daten der Weltbank über die Armut in Afrika, Lateinamerika und Asien in Rechnung stellt, dann müßten in absehbarer Zukunft eine Milliarde Menschen, also ganze Länder und Regionen unter karitative Kuratel gestellt werden. Ulrich Menzel hat in die Richtung einer »Treuhandschaft« der Industrieländer für die armen Gesellschaften argumentiert (Frankfurter Rundschau 3. Juni 1991) und folgerichtig sogleich für die »Ausschaltung« lokaler und nationaler Eliten durch die Helfernationen des Nordens plädiert. Das Szenario ist klar: Die militärische Weltordnung provoziert die Errichtung eines »karitativen Imperialismus«, und umgekehrt verlangt die »Treuhandschaft« (Menzel) über ganze Weltregionen die dauerhafte militärische Präsenz vor Ort.¹⁷ Das Resultat einer solchen militarisierten, karitativen neuen Weltordnung wäre alles andere als ein wie auch immer zivilisierter Kapitalismus. Das wäre eine neue Kriegszeit; nach dem kalten Krieg begänne die Periode eines »warmen Krieges« mit permanenten Interventionen, ohne daß die Schwelle zu dem »heißen Krieg«, in den die Territorien und Menschen der reichen Länder einbezogen wären, überschritten würde.

Es ist gefährlich, das Modell der »oil based economy« wie in den vergangenen Jahrzehnten der alten Weltordnung in der »neuen Weltordnung« fortzusetzen, indem man es nun auch militärisch vor der Destabilisierung durch wen und was auch immer (vor »weapon states«, gegen »low intensity conflicts«) schützt. Wenn man dies nicht will, bleibt gar nichts anderes übrig als der Vision der »neuen Weltordnung« von Bush das Szenario globaler Umverteilung entgegenzusetzen. Der »reale Sozialismus« ist gescheitert, doch ist dies kein Anlaß für den Verlaß auf die Fähigkeiten der kapitalistischen Weltgesellschaft, die angedeuteten Pro-

17 Ingomar Hauchler hat das provozierende Konzept von Menzel zu Recht als »Kolonialismus in humanitärem Gewand« bezeichnet (Frankfurter Rundschau, 20 Juni 1991).

blem zu lösen. In der Zukunft sollte es nicht mehr in erster Linie um monetäre Umverteilung (Entwicklungshilfe) gehen, denn diese hat in der Vergangenheit nur sehr wenig Positives bezwecken können. Wichtiger ist eine Politik der Umvermeidung: entscheidend weniger Verbrauch von Energie und materialen Rohstoffen in den Industrieländern, um den südlichen Ländern überhaupt einen Spielraum für ökonomische Entwicklung zu verschaffen, politische Kontrolle der Mechanismen auf Kreditmärkten und Rohstoffmärkten, um der Schuldenkrise ein Ende zu bereiten und um für eine Stabilisierung der Rohstoffpreise zu sorgen. Unabdingbar ist nach den Erfahrungen des Managements des Golfkriegs eine Reform der internationalen Organisationen einschließlich der UNO, um mehr Gleichheit der Nationen zu schaffen und in deren Gefolge mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten von Völkern auch gegen die Regierungen zu verankern. Der Golfkrieg hat gezeigt, daß die Erde ökologisch, ökonomisch, sozial und politisch viel zu zerbrechlich ist, als daß die Konfliktregulierung in einer »neuen Weltordnung« einer unipolaren Supermacht USA oder den Militärs der NATO überlassen werden sollte.

Literatur

- Agnew, John (1987): *The United States in the World-Economy*, Cambridge/ London/ New York
- Altvater, Elmar (1991a): *Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des »real existierenden Sozialismus«*, Münster
- Altvater, Elmar (1991b): Ressourcenkrieg am Golf? - Das Öl und die neue moralische Weltordnung, in: *PROKLA* 82, 21. Jg., März 1991
- Beutel, J. (1991): Die zentrale Rolle der Golfregion für die Versorgung mit Erdöl, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hg): *Die Golfregion in der Weltpolitik*, Stuttgart
- Brock, Lothar (1991): Ein neuer Trend zum Krieg? Weltpolitische Perspektiven, in: Krell, Gert/ Kubbig, Bernd W. (Hg): *Krieg und Frieden am Golf*, Frankfurt/Main
- Brumlik, Micha (1991): Was heißt »Zivile Gesellschaft«?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, August 1991, S. 987-993
- Brundtland (1987): Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: *Unsere gemeinsame Zukunft*, Grevén
- Brüseke, Franz (1991): *Chaos und Ordnung in der soziologischen Theorie*, unveröff. Manuskript
- Bunker, Stephen (1985): *Underdeveloping the Amazon. Extraction, Unequal Exchange, and the Failure of the Modern State*, Urbana and Chicago
- CEPAL (1990): Comisión Económica para América Latina y el Caribe: *Transformación productiva con Equidad*, Santiago de Chile
- Debeir, Jean-Claude; Deléage, Jean-Paul; Hémery, Daniel (1989): *Prometheus auf der Titanic. Geschichte der Energiesysteme*, Frankfurt/ New York
- Dürr, Hans-Peter (1990): Die Ökonomie überlebensfähiger Ordnungen, in: *Politische Ökologie*, Sept. 1990, 8. Jahrg., Sonderheft 1, S. 10-14
- Eich, Dieter/ Karl-L. Hübener (1988): *Die strategischen Rohstoffe*, Wuppertal
- Elsenhans, Hartmut (1984): Rohstoffe und die Auseinandersetzung um Rohstoffe als Element der wirtschaftlichen Entwicklung in historischer Perspektive, in: Müller, Harald/ Puhl, Deilev (Hg): *Ressourcenpolitik*, Frankfurt/Main, S. 3- 39
- Ernst, Dieter; O'Connor, David (1989): *Technology and Global Competition*, OECD Paris

- Falk, Richard: Questioning the UN-Mandate in the Gulf, in: *IFDA Dossier*, 81, 1991, S. 81-88
- Fröbel, Folker/ Heinrichs, Jürgen/ Kreye, Otto (1987): Die Entwicklungsländer in der internationalen Arbeitsteilung, in: Altvater, E. u.a. (Hg): *Die Armut der Nationen*, Berlin
- Global 2000: *Der Bericht an den Präsidenten*, Frankfurt am Main 1980
- Greenpeace (1989): »Das 'neue Umweltbewußtsein' führt zum ökologischen Kolonialismus«, in: *Frankfurter Rundschau*, 2. Juni 1989, Nr. 125 (Dokumentation)
- Greenpeace (1990): *The International Trade in Wastes. A Greenpeace Inventory*, Washington D.C.
- Haller, Michael (1991): Im Fernsehzeitalter umgibt uns eine zunehmend künstliche Welt, in: *DIE ZEIT*, Nr. 27, 14. Juni 1991
- Herwig/Hornig et al. (1991): Eine vorläufige Bilanz des Golfkrieges, in: *Informationsdienst Wissenschaft & Frieden*, 9. Jahrg. Nr. 1-2, April 1991, S. 4-7
- Hirsch, Fred (1980): *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Reinbek
- Hubel, Helmut (1991): Der Golfkrieg als internationaler Konflikt, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hg): *Die Golfregion in der Weltpolitik*, Stuttgart, S. 144-156
- Hübner, K. (1990): »Wer die Macht hat, kann sich alles erlauben!« - Anmerkungen zu den Konzepten Hegemonie - Dominanz - Macht - Kooperation in der globalen Ökonomie, in: *PROKLA* 81
- IMF 1991: International Monetary Fund: *World Economic Outlook*, May 1991, Washington D.C.
- Inoguchi, Kuniko (1991): Ten Characteristics of the Post-Cold-War World, in: *Economic Eye - A Quarterly Digest of Views from Japan*, Summer 1991, Vol. 12, No 2
- Kennedy, Paul (1987): *The Rise and Fall of the Great Powers*, New York
- Kitschelt, Herbert (1983): *Politik und Energie*, Frankfurt/ New York
- Krauthammer, Charles (1991): The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs*, 70:1, 1991, S. 23-33
- Lipietz, Alain (1987): *Mirages and Miracles*, London
- Maddison, Angus (1989): *The World Economy in the 20th Century*, OECD Paris
- Meadows, Dennis (1972): *Die Grenzen des Wachstums*, Stuttgart
- Menzel, Ulrich (1991a): Das Ende der »Dritten Welt« und das Scheitern der großen Theorie, in: *PVS*, 32. Jg., 3/91, S. 4-33
- Menzel, Ulrich (1991b): Die Hilfe hilft nicht, Treuhandschaft wäre ein Weg, in: *Frankfurter Rundschau*, 3. Juni 1991
- Milos Nolic (ed) (1985): *Socialism on the Threshold of the Twenty-first Century*, London
- Nakanishi, Terumasa (1991): The Gulf Graveyard of the New World Order, in: *Economic Eye - A Quarterly Digest of Views from Japan*, Summer 1991, Vol 12, No 2
- Nye, Joseph S. (1990): *Bound to Lead. The Changing Nature of the American Empire*, New York
- Obertreis, Rolf (1989): Das Giftmüll-Geschicbe kann weitergehen. Baseler Konvention: Industrieländer verhindern Exportverbot, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 7/8/1989 (April), S. 12-24
- OECD (1991a): *The State of the Environment*, Paris
- OECD (1991b): *Environmental Indicators. A preliminary Set*, Paris
- Pfaff, William (1991): Redefining World Power, in: *Foreign Affairs*, 70:1, 1991, S. 34-48
- Russett, Bruce/ Sutterlin, James S. (1991): The U.N. in a New World Order, in: *Foreign Affairs*, Spring 1991. Vol. 70, Nr. 2, S. 69-83
- Schlags, Rüdiger (1991): Der Golf-Krieg und die Zensur, in: Krell, Gert/Kubbig, Bernd W. (Hg): *Krieg und Frieden am Golf*, Frankfurt, S. 201-208
- Wallerstein, Immanuel (1985): *The Politics of the World-Economy. The States, the Movements and the Civilizations*, Cambridge
- Weltbank (1990): *Weltentwicklungsbericht*, Washington D.C.
- Wright, Gavin (1990): The Origins of American Industrial Success, 1879-1940, in: *The American Economic Review*, 80:4, 1990, S. 651-668